Antrag

Initiator*innen: Landesparteitag

Titel: Distanzlernen an sächsischen Schulen

Votum der Antragskommission

Debatte

Antragstext

1 Die SARS-CoV-2-Pandemie stellt die Schulen im Freistaat Sachsen seit März 2020,
2 nunmehr schon im zweiten Schuljahr, vor große Herausforderungen. Wiederholt war
3 die Durchführung von Präsenzunterricht nicht möglich.
4 Oft unter hohem Einsatz der Schulleitungen, der Lehrkräfte und Eltern vor Ort
5 wurden nicht selten neue Wege des Lernens beschritten. Je nach Situation wurde
6 der eingeschränkte Regelbetrieb mit Wechselmodell oder festen Gruppen, Hybrid-
7 Unterricht oder Distanz- und Fernlernen gelebt. Dabei sind zum Teil auch schul-
8 und datenschutzrechtliche Aspekte in den Hintergrund getreten.
9 Aufgrund individueller Lösungen, kreativer Improvisationskunst und
10 unkonventionellen Mitteln konnte Unterricht in einer anderen Art und Umfang
11 abgesichert werden. Daher gilt unser Dank den Lehrerinnen und Lehrern,
12 Schulleitungen und weiteren pädagogischen Fachkräften, aber auch den Eltern, die
13 Betreuung, Erziehung, Homeschooling, Familien- und Berufsalltag unter einen Hut
14 gebracht haben, und den Schülerinnen und Schüler, die in dieser neuen Situation
15 lernten und oftmals bewiesen haben, neue Herausforderungen anzunehmen.
16 Festzustellen ist, dass die Heterogenität im sächsischen Schulwesen weiter
17 zugenommen hat und soziale Benachteiligungen in den vergangenen Monaten klarer
18 hervorgetreten sind und sich verschärft haben. Der individuelle Kontakt zwischen
19 Lernenden und Lehrenden konnte nicht immer im ausreichenden Maß hergestellt
20 werden. Die technischen Rahmenbedingungen sind weiterhin sehr unterschiedlich,
21 eine chancengleiche Bildung kaum zu gewährleisten.
22 Das Lernen und der Unterricht unter Pandemiebedingungen zeigen uns deutlich, wie

23 die Wirklichkeit alte Denkmuster und rechtliche Strukturen in Frage stellt.
24 Unser Schulsystem muss sich weiterentwickeln, um mit zukünftiger Entwicklungen
25 Schritt halten zu können und den Anspruch auf Chancengleichheit zu
26 verwirklichen. Gute Innovationen gilt es in den Regelbetrieb zu transferieren.
27 Daher fordern wir:

28 29 **1. Ein Recht auf Bildung in der Sächsischen Verfassung und im Schulgesetz zu** 30 **verankern**

31 „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Bildung“, heißt es in Artikel 15 der
32 Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die
33 gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen
34 Fragen. Dieses Recht wollen wir im Zuge der geplanten Verfassungsänderung
35 verankern und den bisher bestehenden verfassungsrechtlichen Anspruch auf
36 Schulbildung zu einem Recht auf Bildung ausbauen.

37 Das Recht auf Bildung gilt es unter anderem im Schulgesetz zu definieren und
38 durch seine gesetzliche Ausgestaltung mit Leben zu füllen. Die
39 verfassungsrechtlich statuierte Verantwortung des Freistaats Sachsen für die
40 Schulorganisation fordert aber bereits jetzt, dass vor allem die schulrechtliche
41 Grundlage modernisiert wird und auch in Krisenzeit die notwendige Sicherheit
42 bietet. So kann die Aussetzung der Schulbesuchspflicht auf Grundlage des
43 Infektionsschutzgesetzes – wie sie zur Bewältigung der SARS-CoV-2-Pandemie
44 erforderlich war – keine dauerhafte Lösung sein; hier ist der Gesetzgeber
45 gefordert, die Rahmenbedingungen festzulegen.

46 47 **2. Die Schulpflicht im Schulgesetz neu definieren**

48 Die Schulpflicht kann in Zukunft nicht nur als „Schulbesuchspflicht“ verstanden,
49 sondern muss modernisiert werden. Während der SARS-CoV-2-Pandemie wurde
50 deutlich, dass man – sofern die technisch-organisatorischen Voraussetzungen
51 erfüllt sind – dezentral lernen und so eine individuelle Förderung möglich sein
52 kann.

53 Die Schulpflicht korrespondiert immer auch mit einem „Schulrecht“, das
54 unmittelbar aus dem Recht auf Bildung fließt. Damit verbunden ist etwa, dass
55 junge Menschen auch über das 18. Lebensjahr hinaus einen Anspruch auf schulische
56 bzw. nachholende Bildungsangebote haben.

57 58 **3. Schulprogramme und Datenschutz an ein Lernen in der digitalen Welt anpassen**

59 Bereits heute entwickelt jede Schule in Verwirklichung ihres Erziehungs- und
60 Bildungsauftrages ihr eigenes pädagogisches Konzept. Dabei soll es bleiben. Die
61 pädagogischen, didaktischen und schulorganisatorischen Grundsätze zur Erfüllung
62 des Erziehungs- und Bildungsauftrages im Rahmen der zur Verfügung stehenden
63 Ressourcen werden in einem Schulprogramm festgelegt.

64 Darüber hinaus können erweiterte pädagogische Konzepte als Grundlage des „E-
65 Learning“ im Allgemeinen und zum angeordneten oder aus pädagogischen Gründen
66 ermöglichten Distanzunterricht im Besonderen beschlossen werden. Als Teil der
67

68 Schulentwicklung sollte jedes Schulprogramm in absehbarer Zeit Aussagen zum
69 Lernen in der digitalen Welt treffen. Dabei sollen vor allem die Erfahrungen der
70 Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer und Eltern aus der Zeit der
71 SARS-CoV-2-Pandemie berücksichtigt werden, um Regelungen zum Distanzunterricht
72 zu treffen.

73 Mit Blick auf den Datenschutz von Schülerinnen und Schülern, aber auch
74 Lehrkräften ist das Schulgesetz zu überarbeiten. Entsprechend klare gesetzliche
75 Regelungen sollen das Lernen in einer digitalen Welt unterstützen.
76

77 **4. Die technische Modernisierung verstärken**

78 Es ist festzustellen, dass mitunter große Unterschiede in der technischen
79 Infrastruktur und Ausstattung von Lehrenden und Lehrenden bestehen. Diese Lücken
80 wurden aufgrund der ergriffenen Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung gewiss
81 kleiner. Diese Lösungen sind aber – vor allem was die Finanzierung angeht –
82 nicht auf Dauer gestellt und es bestehen nach wie vor Defizite im Bereich von
83 Internetanschlüssen und technischen Geräte, die für den modernen Schulunterricht
84 benötigt werden.

85 Unabdingbar scheint uns der zügige Ausbau der digitalen Infrastruktur im
86 Freistaat Sachsen. Schülerinnen und Schülern sollten mit einer erweiterten
87 Schulmittelfreiheit einen Anspruch auf eine digitale Mindestausstattung
88 erlangen.
89

90 **5. Die Eigenverantwortung der Schulen weiter stärken**

91 Ob in Präsenz gelehrt wird oder nicht, muss unter gewöhnlichen Bedingungen
92 Entscheidung der Schule, nicht der Schulaufsicht sein. So kann die individuelle
93 Förderung gestärkt werden und ein flexibles Arbeiten für bestimmte Gruppen sowie
94 Zeiten ermöglicht werden. Hier sehen wir die Schulkonferenz als entscheidenden
95 Akteur. Schulen entscheiden eigenverantwortlich und haben dafür Sorge zu tragen,
96 dass alle Schülerinnen und Schüler die gleichen Bildungschancen haben.
97

98 **6. Schulentwicklung befördern, Lehrkräfte regelmäßig fortbilden**

99 Die vom Kultusministerium veröffentlichten Hinweise zur Reduzierung der
100 Lehrplaninhalte greifen zu kurz. Wir brauchen eine grundständige Reform der
101 Lehrpläne. In Zukunft sollten Rahmenlehrpläne die Standards setzen und dabei
102 Kompetenzen des selbstorganisierten Lernens berücksichtigen. Wir brauchen in
103 allen Schulen und Jahrgangsstufen ein projektorientiertes Lernen mit
104 prozessorientierter und individueller Rückmeldung.

105 Die „Standards zur häuslichen Lernzeit“ wurden von Eltern sowie Schülerinnen und
106 Schülern begrüßt. Für zukünftige Schulentwicklungsprozesse bspw. der
107 Überarbeitung von Schulprogrammen sollte das Kultusministerium entsprechende
108 Mindestanforderungen kommunizieren und den Schulen mit Best Practice Beispielen
109 eine Orientierung geben.

110 Und da sich der Wandel der Gesellschaft egal ob in der Arbeitswelt oder in der
111 Schule stets vollzieht, sollten Lehrkräfte sich regelmäßig weiterbilden. Eine
112

Fortbildungspflicht für Lehrkräfte sollte im sächsischen Schulgesetz aufgenommen werden.